

Jetzt wird der linke Kandidat gesucht

Vorwahlen Auch konservatives Elsass nimmt an Vorwahl der Linken teil - mit geringerer Beteiligung als bei Bürgerlichen

VON PETER SCHENK

Das Elsass ist alles andere als eine Hochburg der Linken. Das ist wohl auch der Grund dafür, dass der Wahlkampf für die Vorwahlen, bei denen die französische Linke am 22. und 29. Januar ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen bestimmen will, bisher sehr verhalten gelaufen ist.

Hier ist nicht viel zu holen: Bei den letzten Regionalwahlen 2015 sind die Sozialisten im Südsass auf 9,5 Prozent gekommen, im Unterelsass auf 10,8 Prozent. Wirklich stark sind sie nur noch in und um Strassburg. Von 73 Wahlbüros im Bas Rhin befinden sich denn auch 33 in Strassburg.

Valls war in Strassburg

Von den bekannteren Kandidaten hat sich lediglich der ehemalige Premierminister Manuel Valls im Dezember in Strassburg sehen lassen. Arnaud Montebourg, der zum linken Flügel der Sozialistischen Partei zählt, war bereits im Sommer zu einem Besuch im Sundgau, in Mulhouse und Sélestat. Die beiden gelten als die Favoriten.

Teilnehmen an den Vorwahlen können französische Staatsbürger über 18 Jahre, die auf den nationalen Wählerlisten eingetragen sind, sowie Mitglieder der organisierenden Parteien zwischen 16 und 18 Jahren. Um abstimmen zu dürfen, muss man sich zu den Werten der Linken bekennen. Jeder Wahlgang kostet einen Euro.

Zur Wahl stehen sieben Kandidaten. Am meisten Unterstützung von den elsässischen Links-Politikern erhält Valls, für den sich auch Roland Ries, der Maire von Strassburg, ausspricht. Die beiden bekannten linken Politiker Emmanuel Macron und Jean-Luc Mélenchon nehmen zwar an den Präsidentschaftswahlen teil, die am 27. April und 7. Mai 2017 stattfinden, aber nicht an den Vorwahlen.

Hoffen auf mehr Teilnehmer

Die Organisatoren hoffen, dass mehr als 2011 zur Vorwahl kommen. Damals waren es im gesamten Elsass 41 000 - nicht zu vergleichen allerdings mit den über 110 000 Wählern, die letzten November an den Vorwahlen der Bürgerlichen teilgenommen haben. Während das Elsass bisher eine Hochburg des ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy war, blieb er bei den Vorwahlen auch im Elsass chancenlos. Im zweiten Wahlgang erhielt Gewinner François Fillon mit über 70 Prozent im Elsass sogar mehr Stimmen als im französischen Durchschnitt von 66,5 Prozent.

Seit 2002 dauert die Präsidentschaft in Frankreich nicht mehr sieben Jahre, das sogenannte «Septennat», sondern nur noch fünf, das «Quinquennat». Weil Amtsinhaber François Hollande nicht mehr antritt, gibt es auf jeden Fall einen neuen Präsidenten. Ob und wie dieser die im Elsass ungeliebte Gebietsreform rückgängig machen wird, ist derzeit noch unklar.

Referendumsfrist abgelaufen

Basler Energiegesetz tritt in Kraft

«Nie wieder AKW (NWA) Region Basel» begrüsst in einer Medienmitteilung, dass das «vorbildliche Basler Energiegesetz» in Kraft treten kann. Vergangenen Samstag ist die Referendumsfrist abgelaufen, ohne dass das Referendum dagegen ergriffen worden ist.

Das neue Energiegesetz geht auf die Initiative «Basel erneuerbar - für eine sichere, saubere und günstige Energieversorgung» zurück, die im Oktober 2014 mit über 3000 Unterschriften eingereicht worden ist; unterstützt von NWA. Das Gesetz wurde im November 2016 im Grossen Rat mit 71 gegen 16 Stimmen angenommen. Da wichtige Wirtschaftsverbände eingebunden werden konnten, hätten sie auf das Referendum verzichtet, so die Mitteilung.

Kern des Gesetzes sei der Artikel 7: «Beim Ersatz des Wärmeerzeugers in bestehenden Bauten ist dieser auf erneuerbare Energien umzustellen, soweit es technisch möglich ist und zu keinen Mehrkosten führt.» Das Gesetz verzichte auf einen generellen Zwang zu erneuerbaren Energien und erhebe bei Heizungen die Kosten zum entscheidenden Kriterium.

«Weil aber erneuerbare Heizsysteme bereits heute konkurrenzfähig sind, hat die neue Bestimmung eine weitreichende Wirkung.» Bei einer Vollkostenrechnung komme selten ein fossiles System günstiger. «Das Gesetz führt mittelfristig so zu einer deutlichen Senkung des CO₂-Ausstosses.» Basel werde so ein Vorzeigekanton für erneuerbare Energien. (BZ)



und im Rheinwasser enthaltenen chemischen Stoffe leichter gesagt als getan.

MARTIN TÖNGE

2006 im Trinkwasser der Hardwasser AG Spurenverunreinigungen fest, unter anderem das krebserregende Haxachlorbutadien. Bereits nach wenigen Tagen wurde das Trinkwasser über eine provisorische Aktivkohlefilteranlage aufbereitet. 2013 konnte die Hardwasser AG den neu gebauten Aktivkohlefilter in Betrieb nehmen, der diese Stoffe zurückhält. Die Gemeinde Muttenz - auch sie betreibt im Hardwald Trinkwasserbrunnen - entschied sich dagegen für eine weitere Aufbereitungsstufe: Bevor das Wasser durch die Aktivkohle läuft, werden gewisse Stoffe mit Ozon und Peroxid oxidiert. Diese Anlage geht demnächst in Betrieb.

10 Was empfiehlt die Eawag-Studie bezüglich Schadstoff-Entfernung?

Ob ein Aktivkohlefilter reicht oder ob man eine Oxidationsstufe davor schalten soll, wurde in der Vergangenheit heftig diskutiert. Die Studie hält nun fest: «Insgesamt kann durch eine Kombination von oxidativen Verfahren mit der Aktivkohlefiltration eine höhere Sicherheit bezüglich Spurenstoffen, welche kontinuierlich oder durch Schadenfälle ins Hardwald-Grundwasser gelangen, erreicht werden.» Deshalb freut sich Hausammann, das Muttenzer Trinkwasserkonzept sei nun durch die Eawag-Studie bestätigt worden. Distanzierter reagiert die Hardwasser AG: «Die Ergebnisse des Projekts sind der Hardwasser AG bekannt. Eine Planung wird derzeit diskutiert», erklärt zwar AUE-Leiter Isenburg. Hardwasser-Geschäftsführer Meier betont dagegen, die Eawag habe nur festgestellt, dass mit einer vorgeschalteten Oxidationsstufe die Aktivkohlefilter die Schadstoffe länger zurückhalten könnten. «Es geht primär um die Laufzeitverlängerung.» An der unbestritten guten Wasserqualität ändere sich nichts. «Das Oxidieren ist nicht einfach, der Aktivkohlefilter ist dagegen ein sehr robuster Prozess.» Die Hardwasser AG werde die Resultate der Studie nun vertieft mit der Eawag diskutieren, und wenn ein weiterer Ausbau der Aufbereitung auch aus

Kosten-Nutzen-Sicht günstig erscheine, diesen Weg der Oxidation ebenfalls gehen.

11 Müsste man die Schadstoffe nicht schon an der Quelle vermeiden?

Meier dringt dagegen darauf, lieber die Qualität des Rohwassers zu verbessern, anstatt in die Endstufe zu investieren. Mit anderen Worten: Durch die bessere Entfernung von Spurenstoffen in den Abwasser-Reinigungsanlagen Rhein aufwärts werde mehr gewonnen als durch eine zusätzliche Aufbereitungsstufe. Denn es gehe darum, in jedem Fall den Zufluss des belasteten regionalen Grundwassers zu verhindern, indem man den Grundwasserberg aufrecht erhält. Ebenfalls die Belastung an der Quelle angehen möchte der Altlastenexperte Martin Forter - wenn auch aus einem anderen Blickwinkel: «Man muss die Deponien endlich gründlich sanieren, sonst hat man die Probleme in alle Ewigkeit.» Dazu heisst es in der Studie, zur Verhinderung eines Grundwasserabstroms von der Deponie Feldreben, sei eine hydraulische Sicherung mit mehreren Brunnen und genügend grosser Förderleistung erforderlich. Dieser Schritt ist allerdings verlagert, bis das Bundesgericht über den Umfang der Sanierung entschieden hat: «Bis die Sanierungsverfügung rechtskräftig ist, kann ein Sanierungsprojekt nicht beginnen», erklärt Isenburg.

12 Welche konkreten Konsequenzen hat die Studie bereits ausgelöst?

Die Eawag zeigt auf, dass im Westen des Hardwalds der Grundwasserberg weniger effizient ist und deshalb der Anteil des regionalen belasteten Grundwassers am geförderten Trinkwasser höher ist. Dazu erklärt Meier: «Indem im vergangenen Jahr der Zuleitungskanal zu den westlichen Versickerungsanlagen saniert wurde, ist es nun möglich, dort mehr Wasser zu infiltrieren. So können wir den Grundwasserberg dort besser halten.»

TRINKWASSERFONDS

Ein Erbe der Totalsanierungs-Initiative

Finanziert wurde die Eawag-Studie, die sich mit der Versorgung in allen Kantonsteilen befasst, aus dem Trinkwasserfonds, den die Industrie 2010 im Vorfeld der Abstimmungen über die Deponiesanierungs-Initiativen der Grünen spendete. Die von Ciba, Novartis und Syngenta unterschriebene Vereinbarung enthält das Versprechen der Baselbieter Regierung, die Industriefirmen müssten sich nur im Rahmen der Bundesgesetze an den Deponie-Sanierungskosten beteiligen, selbst wenn das Volk an der Urne etwas anderes beschliessen sollte. Die 20 Millionen Franken des Fonds sind für den Trinkwasserschutz bestimmt. Für seine Trinkwasser-Aufbereitung hatte Muttenz vergebens Mittel aus dem Fonds beantragt und stört sich nun daran, dass mit Geld aus dem Fonds das Gleiche nochmals untersucht wurde. «Die Mittel hätte man sinnvoller verwenden können», erklärt Gemeinderat Joachim Hausammann. AUE-Leiter Alberto Isenburg bestreitet hingegen die Doppelspurigkeit. Zudem sei die Hardwasser AG eine regionale und nicht nur eine kommunale Wasserversorgung. (DH)

NACHRICHTEN

STEINENVORSTADT Verletzter bei gewalttätiger Auseinandersetzung

Ein 35-jähriger Deutscher erhielt am Sonntagmorgen um 1 Uhr beim Verlassen des Clubs Soho in der Steinenvorstadt von einem Unbekannten einen Schlag ins Gesicht. Weitere Personen hätten auf ihn eingeschlagen und eingetreten, als er bereits am Boden lag, berichtet die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt. Das Opfer musste in die Notfallstation eingewiesen werden. Es beschreibt den Täter als einen 25- bis 30-jährigen Mann mit kurzen, dunklen Haaren. Er trug Jeans und eine schwarze Jacke. Die Polizei sucht Zeugen. (BZ)

ZEUGENAUFBRUF Nach einem Unfall im Erdbeergraben geflüchtet

Ein silbergraues Fahrzeug hat gestern Morgen im Erdbeergraben einen Unfall verursacht. In der leichten Linkskurve vor dem Kreisel sei es aufwärtsgefahren und unter anderem mit einem Tempo-30-Schild kollidiert, so die Kantonspolizei. Das Schild fiel auf ein parkiertes Au-

to und beschädigte dieses. Der Lenker oder die Lenkerin des erheblich beschädigten Verursacherfahrzeugs habe die Unfallstelle verlassen, ohne sich um den Schaden zu kümmern. (BZ)

SELBSTANZEIGEN 113 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen

Der Kanton Basel-Stadt hat seit 2010 durch Selbstanzeigen 113 Millionen Franken eingenommen, berichtet die «NZZ am Sonntag». 2016 habe es eine Rekordzahl von Selbstanzeigen gegeben. 2015 wurde Vermögen in der Höhe von 1,5 Milliarden Franken nachträglich offengelegt. Beim ersten Mal sind die Selbstanzeigen straflos. (BZ)

LEHRVERBUND OVERALL Rotes Kreuz schafft erstmals eine Lehrstelle

Das Schweizerische Rote Kreuz Basel schafft mit Overall Jobstart erstmals eine Lehrstelle. Seit 2007 haben 141 Jugendliche beim Lehrverbund einen Vertrag erhalten. Dieser begleitet die berufliche Integration. (BZ)